

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/054(VII)/23			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	Donnerstag, 07.09.2023	Mensa - Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	16:00 Uhr	20:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Einwohner*innenfragestunde
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Beschluss über Mehrkosten für die Baumaßnahme Aufwertung Nicolaiplatz (Platzgestaltung und Umfahrungen) Amt 66 DS0372/23
 - 4.2 Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 255-3.1 "Berliner Chaussee/Friedrich-Ebert-Straße" Amt 61 DS0324/23
 - 4.3 Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 255-3.1 "Berliner Chaussee/Friedrich-Ebert-Straße" DS0325/23

	Amt 61	
4.4	Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 213-1 "Östlich Bruno-Wille-Straße" Amt 61	DS0322/23
4.5	Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 341-4 "Brenneckestraße Nordseite" sowie Aufstellung der Flächennutzungsplanänderung "Brenneckestraße Nordseite" im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB Amt 61	DS0174/23
4.6	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr.111-2 "Olvenstedter Graseweg" Amt 61	DS0292/23
4.7	Satzung der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 111-2 "Olvenstedter Graseweg" Amt 61	DS0293/23
4.8	Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 174-2 "Südlich Sieverstorstraße" Amt 61	DS0316/23
4.9	I. Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2024 II. Fortschreibung der Gesamt-Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitpläne Amt 61	DS0413/23
5	Anträge	
5.1	Straßenbegleitenden Radweg zwischen Rothensee und Glindenberg Fraktion GRÜNE/future!	A0105/23
5.1.1	Straßenbegleitenden Radweg zwischen Rothensee und Glindenberg Amt 61	S0251/23
5.2	Wiederkehr der Ampelfrauen SPD-Stadtratsfraktion	A0119/23
5.2.1	Wiederkehr der Ampelfrauen Amt 66	S0358/23
5.3	Sperrung August-Bebel-Damm CDU-Ratsfraktion	A0141/23
5.3.1	Sperrung August-Bebel-Damm Amt 66	S0368/23
5.4	Sicherheit für Hausbesitzer*innen und Mieter*innen – Realistischer Zeitplan für kommunale Wärmeplanung	A0118/23

	SPD-Stadtratsfraktion	
5.4.1	Sicherheit für Hausbesitzer*innen und Mieter*innen – Realistischer Zeitplan für kommunale Wärmeplanung VI/04	S0342/23
5.5	Machbarkeitsstudie für Süd-Ost-Tangente SPD-Stadtratsfraktion	A0117/23
5.5.1	Machbarkeitsstudie für Süd-Ost-Tangente Amt 61	S0318/23
5.6	Sozialticket Fraktion DIE LINKE, Fraktion Grüne/future!	A0002/22
5.6.1	Sozialticket Fraktion GRÜNE/future! Fraktion DIE LINKE	A0002/22/1
5.6.2	Sozialticket Amt 61	S0217/22
6	Informationen	
6.1	Die Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit und Initiativfonds Gemeinwesenarbeit im Jahr 2022 V/02	I0201/23
6.2	Streckenverlängerung der Straßenbahn nach Ottersleben Amt 61	I0051/23
7	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee Amt 66	
8	Verschiedenes	
8.1	Sachstand zur DS0474/23 - Variantenentscheidung zur Schönebecker Straße.... BG VI	
8.2	Struktur Dez VI BG VI	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Mirko Stage

Mitglieder des Gremiums

Norman Belas

René Hempel
Madeleine Linke
Burkhard Moll
Frank Schuster
Reinhard Stern
Geschäftsführung
Corina Nürnberg

Kornelia Keune

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube
Christian Mertens

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** begrüßt die Anwesenden. Er geht auf die fristgerechte Ladung ein, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

2. Bestätigung der Tagesordnung

TOP 11.1 / 11.1.1 sollen auf Wunsch der antragstellenden Fraktion vertagt werden.

Abstimmung: 6-0-0 geändert beschlossen

3. Einwohner*innenfragestunde

Thema: Umlaufsperrung im Bereich der Unterführung (Tangente) im Lübecker Privatweg.

Ein Bürger berichtet von verkehrswidrigem Verhalten im Bereich der Unterführung unter dem Magdeburger Ring. Immer mehr werde die Unterführung von motorisiertem Zweirädern (Motorrad, Moped, E-Bike) mit teilweise hoher Geschwindigkeit benutzt.

Die vorhandenen Poller werden immer häufiger ignoriert.

Er erkundigt sich nach der Möglichkeit, eine Umlaufsperrung zu errichten, um ein Durchfahren zu erschweren.

Zum Schluss überreicht er eine Unterschriftensammlung aller Anwohner aus diesem Bereich.

Frau Dr. Kretschmann geht anhand einer Power-Point-Präsentation auf die aktuelle Gegebenheit ein. Sie verweist auf vorhandene Beschilderungen sowie bestehende Poller. Umlaufsperrungen sollten nur im Zusammenhang mit einer gefährlichen Verkehrssituation errichtet werden. Des Weiteren weist sie auf die uneingeschränkte Nutzungsmöglichkeit von Rollstühlen, Rollatoren, Kinderwagen sowie Lastenfahrräder hin, die gewährleistet werden müsse. Durch den erforderlichen Abstand könnten theoretisch Motorräder sowie Mopeds diese Sperrungen wieder umfahren.

Für **Stadtrat Stage** klingen die Ausführungen der Verwaltung plausibel.

Stadtrat Hempel verweist auch auf das Thema Lärmschutz im Bereich der Anwohner. Abstellgitter werden das Problem nicht lösen durch die erforderlichen Abstände der Gitter. Hier braucht es andere Lösungen.

Stadtrat Moll weist auf die Möglichkeit von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf dem Radweg hin.

Der **Vorsitzende** fragt nach alternativen Möglichkeiten bei der Verwaltung nach.

Frau Dr. Kretschmann werde einen verkehrsberuhigten Bereich prüfen lassen. Der **Beigeordnete** werde Umlaufgitter als Aufmerksamkeitszeichen prüfen lassen.

Nachrichtlich:

Nach Prüfung durch die Straßenverkehrsbehörde und in Abstimmung mit dem Straßenbaulastträger wird der Lübecker Privatweg im Bereich der Wohnbebauung als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen sowie die Beschilderung „Sackgasse“ angepasst. Umlaufsperrn werden nicht gestellt. Hr. Laudan erhält ein entsprechendes Antwortschreiben.

4. Beschlussvorlagen

4.1. Beschluss über Mehrkosten für die Baumaßnahme Aufwertung Nicolaiplatz (Platzgestaltung und Umfahrungen) Vorlage: DS0372/23

Frau Dr. Kretschmann verweist auf die Eröffnung (08.09.2023) der bereits umgestalteten Fläche. Sie geht auf den Grundsatzbeschluss sowie die Berücksichtigung der immer wichtiger werdenden stadtklimatischen Belange ein.

Stadtrat Stern mahnt die Beachtung der momentanen Haushaltssituation an. Er geht auf die Ausführungen in der Beschlussvorlage zu den veränderten Bedingungen bei der Kampfmittelbeseitigung sowie die statische Verdichtung des denkmalgeschützten Bereiches ein. Diese Themen waren vorher bekannt, stellt er fest und stellt die Kostenerhöhung in Frage. Es muss sich Gedanken zur Baukostenreduzierung gemacht werden. Er erwartet von der Verwaltung Aussagen hinsichtlich Kosteneinsparung bei veränderter Planung.

Frau Dr. Kretschmann verweist auf die im 1. BA festgestellten Untergrundgegebenheiten.

Stadtrat Stage fragt, warum das alles jetzt erst aufgefallen sei.

Herr Herrmann verweist auf die abgeschlossenen Bauausführungen direkt vor der Kirche. Auffälligkeiten habe man dort nicht festgestellt.

Stadtrat Hempel verweist auf das negative Image des Stadtteils. Diesen Stadtteil lebendig zu machen und aufzuwerten war der Ansatz. Eine attraktive Platzgestaltung sei wesentlich für den gesamten Stadtteil.

Er geht auf die erfolgte Bürgerbeteiligung vor Ort sowie Fördergelder ein. In Bezug auf die Nicolaikirche fordert er eine größere Aufmerksamkeit auf den architektonischen Schatz. Die Umfeldgestaltung ist von wesentlicher Bedeutung für dieses Schinkelgebäude.

Er werde der Beschlussvorlage zustimmen, denn sowohl Gebäude als auch Menschen haben eine Umfeldgestaltung verdient.

Stadtrat Stage kann mit den angesprochenen Punkten von **Stadtrat Stern** mitgehen. Die ersten Kostenkalkulationen erscheinen ihm oftmals zu gering, hier macht es sich die Verwaltung zu einfach.

Dennoch sollte zwischen laufenden /bzw. dringenden und noch nicht begonnenen Maßnahmen unterschieden werden.

Die laufenden Baumaßnahmen jetzt (BA II) zu stoppen hält er für fraglich und auch nicht durchsetzbar. Des Weiteren geht er auf die geplanten Baumpflanzungen im II. BA ein und hinterfragt die konkrete Baumart.

Für ihn gebe es nur die Option einer Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Einen Hinweis hat er noch an die Verwaltung. Er bittet um eine frühzeitigere Information über Kostensteigerungen und Ursachen.

Stadtrat Schuster geht auf die vorhandenen Wasseranlagen und Keller ein und verweist auf die Thematik im Zuge der Baumpflanzungen.

Er werde zustimmen. Er bittet aber, dass zukünftig im Rahmen der Haushaltsdiskussionen vorab geklärt werde, ob bestimmte kostenintensive Maßnahmen (z.B. Brunnen) erst zum Ende einer Baumaßnahme umgesetzt werden sollten. Die Umsetzung soll nur erfolgen, wenn ausreichende finanzielle Mittel vorhanden sind.

Stadtrat Hempel geht auf die mögliche Fördermittelrückzahlung bei fehlender Finanzierung und Nichtfertigstellung des Projektes ein.

Klarstellend teilt **Stadtrat Stern** mit, dass er für die Weiterführung der begonnenen Baumaßnahme sei. Er kritisiert die Art und Weise der Informationen zu den Kostensteigerungen. Er verweist beispielhaft auf mögliche Planungsfehler und eine mögliche Kostenerstattung. Dieses sollte die Verwaltung klären und darstellen.

Stadtrat Stage bittet die Kritik hinsichtlich Kostensteigerungen mitzunehmen.

Des Weiteren bittet er die Pflanzung von Sommerlinden zu überprüfen und verweist auf den Klimawandel.

Ja, die Ursachen für die Kostensteigerungen hätten der Verwaltung eher auffallen müssen, so der **Beigeordnete** abschließend.

Nachrichtlich:

Zu den aufgeworfenen Fragen erfolgt eine Klarstellung bei der Behandlung der Drucksache im Finanz- und Grundstücksausschuss am 20.09.2023.

Abstimmung zur DS0372/23: 7-0-1

- 4.2. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 255-3.1 "Berliner Chaussee/Friedrich-Ebert-Straße"
Vorlage: DS0324/23
-

TOP 4.2 und 4.3 werden zusammenhängend eingebracht und beraten.

Frau Schäffer bringt die Beschlussvorlagen ein. Allgemein führt sie zum Gewerbebereich aus. Nichtstörendes Gewerbe, Dienstleistungen, Gastronomie und nicht zentrenrelevanter Einzelhandel (Standortverlagerung) soll hier entwickelt werden.

Für den Altstandort gebe es bereits Nachmieter, teilt sie mit.

Anschließend erläutert sie die Zwischenabwägung.

Stadtrat Stage hinterfragt die Lösung für die problematische Verkehrssituation. Er bemängelt eine nicht repräsentative Verkehrsuntersuchung im Jahr 2021. Veranstaltungen haben im Zuge von Corona nicht stattgefunden.

Die Beschlussvorlage werde er ablehnen und er verweist auf ein erhebliches Konfliktpotenzial.

Frau Schäffer verweist auf das weitere Verfahren und eine, wenn erforderlich erneuten Verkehrszählung.

Sie weist auf Grenzen bei den Regelungen durch einen Bebauungsplan sowie das Baugenehmigungsverfahren hin.

Stadtrat Stern stimmt den Ausführungen von **Stadtrat Stage** zu und verweist auf die regelmäßigen Großveranstaltungen. Er hinterfragt Verkehrsuntersuchungen zum Gübser Weg und erkundigt sich nach einer weiteren Trägerbeteiligung.

Bei Erfordernis könne eine erneute Trägerbeteiligung im Rahmen der Öffentlichen Auslegung erfolgen, teilt **Frau Schäffer** mit.

Stadtrat Stage fragt, wie ein Kind über die Friedrich-Ebert-Straße zum Rewe gelangen soll.

Stadtrat Hempel kritisiert die Ausführungen zum Thema Verkehrserschließung und geht auf die ÖPNV-Erschließung und die damit verbundenen längeren Wege ein.

Frau Schäffer verweist auf die Lage und Größe des Gebietes und geht auf den Abwägungsprozess ein.

Es werde ausschließlich auf den PKW-Verkehr gesetzt, stellt **Stadtrat Hempel** fest. Die Verkehrssituation werde sich noch schwieriger gestalten. Damit erfolgte keine Abwägung, sondern eine Festlegung zu Gunsten des PKW-Verkehrs. Durch den Standortwechsel entstehen aus seiner Sicht null Synergieeffekte.

Alternative Verkehrsformen seien wichtig. Durch das neue Gewerbegebiet werde zusätzliches Verkehrsaufkommen entstehen.

Stadtrat Stage geht auf die veränderte Wegebeziehung und eine damit verschlechterte Erreichbarkeit für ältere Mitmenschen ein.

Stadtrat Schuster findet die Anbindung an die Friedrich-Ebert-Straße kritisch. Er bittet darum, die Beschlussvorlagen zurückzustellen und die Verkehrsproblematik nochmal zu überdenken. Eine mögliche Anbindung des Rewe an den Gübser Weg bzw. die Errichtung einer Lichtsignalanlage (LSA) sollte mit geprüft werden.

Der **Beigeordnete** verweist auf die erfolgte Prüfung einer LSA und werde zur Niederschrift dahingehend zuarbeiten lassen.

Stadträtin Linke bittet den erheblichen Fußgängerverkehr bei Veranstaltungen mitzubedenken und verweist auf versperrte Ein-/Ausfahrtsbereiche zum Gewerbegebiet.

Frau Schäffer verweist auf das vorhabenbezogene Bebauungsplanverfahren. Die verkehrstechnische Situation sei nicht Bestandteil des Geltungsbereiches.

Stadtrat Stern hinterfragt eine vertragliche Regelung zwischen dem Toom-Baumarkt und dem Rewe. Eine Anbindung an den Gübser Weg hätte einen gewissen Charme in Bezug auf den Sportcampus sowie die in der Nähe liegende Kanonenbahn.

Stadtrat Schuster spricht sich erneut für eine Zurückstellung und Prüfung der Vorschläge aus. In Bezug auf die LSA empfiehlt er zu klären, ob diese vom Investor (siehe OBI) getragen werden könne. Er verweist auf den lukrativen Standort hier und spricht sich für einen städtebaulichen Vertrag aus.

Die Beschlussvorlagen unter TOP 5.2 und 4.3 werden vertagt.

vertagt

- 4.3. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen
Bebauungsplan Nr. 255-3.1 "Berliner Chaussee/Friedrich-Ebert-
Straße"
Vorlage: DS0325/23
-

vertagt

- 4.4. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan
Nr. 213-1 "Östlich Bruno-Wille-Straße"
Vorlage: DS0322/23
-

Frau Schäffer bringt die Beschlussvorlage ein. Die Planungsziele, eine Verbesserung der Erschließung sowie die Errichtung eines Wendehammers wurden umgesetzt. Die Flächen für die 2. Nord-Süd-Verbindung wurden planfestgestellt und somit könne der Aufstellungsbeschluss aufgehoben werden.

Stadtrat Schuster hinterfragt noch einmal die Situation der Straßenbahnflächen.

Frau Schäffer verweist auf den Planfeststellungsbeschluss dazu.

Stadtrat Moll erkundigt sich nach einer Nutzung zur Hundeauslaufwiese auf dem Überschwemmungsgebiet der Schrote in diesem Bereich.

Frau Schäffer weist auf die Ausgleichsflächen für MVB-Maßnahmen hin. Eine mögliche Doppelnutzung müsse durch den EB SFM bzw. FB 23 geprüft werden.

Stadträtin Linke geht auf das Thema „Stadt der kurzen Wege“ ein und weist auf die Möglichkeit einer Fuß- und Radwegeverbindung zwischen der Bruno-Wille-Straße und der Viktor-von-Unruh-Straße hin.

Abstimmung zur DS0322/23: 6-0-1

- 4.5. Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 341-4 "Brenneckestraße Nordseite" sowie Aufstellung der Flächennutzungsplanänderung "Brenneckestraße Nordseite" im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB
Vorlage: DS0174/23
-

Frau Schäffer bringt die Beschlussvorlage ein. Sie erläutert die Planungsziele und verweist auf den Ausschluss von zentrenrelevantem Einzelhandel.

Der **Beigeordnete** berichtet, dass im Rahmen des Rundgangs in der Neuen Neustadt die Notwendigkeit einer Rettungswache thematisiert wurde.

Stadtrat Schuster verweist auf den früheren Chemiehändler und spricht sich für einen Änderungsantrag hinsichtlich eines weiteren Planungsziels (Rettungswache) aus.

Änderungsantrag:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Beschlusspunkt 2 wie folgt zu ergänzen (**fett**):*

2. *Es werden folgende Planungsziele angestrebt:*

- *Festsetzung von Gewerbeflächen*
- *Festsetzung der inneren Verkehrserschließung und Anbindung an das umlaufende öffentliche Straßenverkehrsnetz*
- **Errichtung einer Rettungswache**

Abstimmung: 7-0-0

Abstimmung zur DS0174/23: 7-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

- 4.6. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr.111-2 "Olvenstedter Graseweg"
Vorlage: DS0292/23
-

Die TOP 4.6 und 4.7 werden zusammenhängend eingebracht und beraten.

Frau Mrochen bringt die beiden Beschlussvorlagen ein und weist auf die mehrfach durchgeführten Zwischenabwägungen. Die eingegangenen Stellungnahmen führten im Ergebnis der Abwägung nicht mehr zu inhaltlichen Anpassungen, so dass mit abschließender Abwägung und Satzung das Änderungsverfahren abgeschlossen werden kann.

Der **Beigeordnete** berichtet von einem Gespräch mit dem Eigentümer des Flora-Parks und einer grundsätzlichen Einigung.

Abstimmung zur DS0292/23: 4-0-3

- 4.7. Satzung der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 111-2
"Olvenstedter Graseweg"
Vorlage: DS0293/23
-

Abstimmung zur DS0293/23: 4-0-3

- 4.8. Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 174-2
"Südlich Sieverstorstraße"
Vorlage: DS0316/23
-

Frau Mrochen erläutert die Erfordernisse des Änderungsverfahrens. Das ursprüngliche Investorenkonzept soll nicht wie geplant/vorge stellt umgesetzt werden. Erste Bauanträge lassen den Schluss zu, dass die Wohngebäude ohne Tiefgaragen gebaut werden sollen. Durch das Fehlen einer Stellplatzsatzung werden städtebauliche Missstände befürchtet und der Parkdruck in der Umgebung steigen. Des Weiteren fehlt momentan der gewerbliche Nutzungsanteil. Die Verwaltung schlägt vor, die Planungsziele dahingehend zu ergänzen.

Stadtrat Stern begrüßt die Änderung des Bebauungsplanes. Der Bau von Tiefgaragen verteuere ein Bauprojekt erheblich, stellt er jedoch fest. Die Stadt benötige neue Wohnungen und die nun entstandene Situation müsse überdacht werden.

Stadtrat Hempel verweist auf die unmittelbare Nähe der Schule und die Diskussionen zur Schulwegproblematik Nachtweide. Das Thema Einstellplätze müsse im Bebauungsplangebiet gelöst werden und nicht den öffentlichen Raum weiter belasten.

Der **Beigeordnete** geht auf die extrem hoch überbauten Flächen ein. Ohne Parkhaus oder Tiefgarage könne das Vorhaben nicht umgesetzt werden.

Stadtrat Stage spricht sich gegen eine ebenerdige Stellplatzlösung aus.

Mit dem Änderungsverfahren soll erreicht werden, dass eine Pflicht zur Errichtung von Stellplätzen entsteht, so **Frau Mrochen**.

Stadträtin Linke weist bei einem möglichen Parkhaus/Parkdeck auf die zu errichtende Photovoltaikanlagen bzw. Bepflanzung hin.

Stadtrat Moll regt halbversenkte Einstellplätze unter den Häusern an, wie im Bebauungsplanverfahren Umfassungsstraße durch den Stadtrat angeregt und festgesetzt wurde.

Tiefgaragen bieten sich im Zuge der Gründungsarbeiten an, da gemäß Baugrundgutachten die Auffüllungen ohnehin beräumt werden müssen, erläutert **Frau Mrochen** abschließend.

Abstimmung zur DS0316/23: 7-0-0

- 4.9. I. Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2024
II. Fortschreibung der Gesamt-Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitpläne
Vorlage: DS0413/23
-

Herr Herrmann bringt die Beschlussvorlage ein und führt zur Fördermittelsituation aus.

Stadtrat Hempel hinterfragt die Maßnahmen Große Diesdorfer Straße sowie Olvenstedter Platz.

Herr Herrmann verweist auf eine Art „Platzhalter“ in Bezug auf die Große Diesdorfer Straße. Bei der Neugestaltung des Olvenstedter Platz handelt es sich um eine konkret beantragte Maßnahme, die vom Fördermittelgeber noch bewilligt werden muss.

Stadtrat Stern geht auf das Thema Geschäftsstraßenmanagement ein und hinterfragt die Leistungen dafür.

Herr Herrmann verweist auf die jährlich vorgelegte Information zum Geschäftsstraßenmanagement.

Stadtrat Moll fragt nach dem aktuellen Stand zum Punkt 15 (Stadtfeld), der immer auf der Liste steht.

Herr Herrmann verweist auf die Beantragung sowie Ablehnung der Maßnahme.

Stadträtin Linke hinterfragt die Beteiligung der GWA's.

Herr Herrmann erläutert das Beteiligungsverfahren der GWA's.

Stadtrat Stage empfiehlt allen GWA's, die sich nicht berücksichtigt fühlen, sich direkt an die Verwaltung zu wenden.

Die Finanzierung des Geschäftsstraßenmanagement wird von **Stadtrat Hempel** noch einmal thematisiert.

Herr Herrmann erläutert die Aufteilung der finanziellen Mittel und geht u.a. auf den Verfügungsfond ein.

Stadtrat Stage hinterfragt den Beteiligungszeitpunkt der GWA's.

Stadträtin Linke geht auf die Spielplätze ein und verweist auf nur eine konkrete Beantragung (Schellheimerplatz).

Des Weiteren hinterfragt sie den Stand zum Turm hinter der Schule Schmeilstraße (Stadtteil West).

Fördermittel wurden für das Heizhaus beantragt aber noch nicht bewilligt, informiert **Herr Herrmann**.

Fördermittel für Spielplätze werden vom SFM beantragt.

Abstimmung zur DS0413/23: 8-0-0

5. Anträge

5.1. Straßenbegleitenden Radweg zwischen Rothensee und Glindenberg Vorlage: A0105/23

Herr Dr. Lerm berichtet von ersten Gesprächen mit dem Landkreis hinsichtlich einer gemeinsamen Planung und Fördermittelbeantragung.

Stadträtin Linke freut sich über die neuen Informationen und verweist auf die Bestrebungen von Seiten des Landkreises.

Stadtrat Stage stellt noch einmal klar, dass es um die Zuständigkeit des Landkreises geht und nicht um eine Zuständigkeit der Stadt Wolmirstedt.

Stadtrat Stern hinterfragt eine Prioritätenliste für Radverkehrsanlagen.

Frau Dr. Kretschmann verweist auf die Prioritätenliste für Fuß- und Radverkehrsanlagen.

Stadtrat Hempel findet, die Antragstellung erfolge zur falschen Zeit und verweist auf andere Prioritäten in der Stadt.

Er hält Schulwegsicherung für prioritärer und er spricht sich außerdem für einen Änderungsantrag aus.

Stadtrat Stage stimmt einem Änderungsantrag zu.

Stadtrat Schuster sieht die Radwegführung kritisch und spricht sich für eine andere Route (Kieswerk, Siedlung) aus. Momentan würde er den Antrag ablehnen.

Stadträtin Linke verweist auf die vorhandene einseitige Radwegeanbindung.

Des Weiteren verweist sie auf andere Planungen von Seiten des Landkreises. Der Antrag bezieht sich auf einen Lückenschluss zwischen Landkreis und der Stadt.

Stadtrat Stern bemängelt die Radverkehrsplanung des Landkreises, ohne Magdeburg vorab mit beteiligt zu haben. Er verweist auf Magdeburgs Radwegplanungen und die finanziellen Mittel. Er spricht sich gegen den Antrag aus.

Der **Beigeordnete** informiert über den aktuellen Stand des Ausschreibungsverfahrens für eine Radwegkonzeption.

Herr Dr. Lerm weist auf Barleben und seine vorbildlich gut ausgebauten Radwegeverbindungen hin.

Es geht um einen Lückenschluss im Wegenetz zwischen Magdeburg und Glindenberg.

Für **Stadtrat Stage** sei die Diskussion etwas irritierend, denn aus dem Dez. III gebe es andere Signale, weiß er zu berichten.

Stadtrat Schuster spricht sich für die Prüfung einer alternativen Routenführung aus.

Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Antrag wie folgt zu ersetzen:

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, mit dem Nachbarkreis Gespräche zu führen, mit dem Ziel eine gemeinsame Planung für einen straßenbegleitenden Radweg zwischen Rothensee und Glindenberg auf dem Stadtgebiet Magdeburgs voranzutreiben. Es sind die Planungs- und Baukosten zu prüfen."

Abstimmung: 6-1-1

Abstimmung zum Antrag A0105/23: 8-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

5.1.1. Straßenbegleitenden Radweg zwischen Rothensee und
Glindenberg
Vorlage: S0251/23

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5.2. Wiederkehr der Ampelfrauen
Vorlage: A0119/23

Stadträtin Keune bringt den Antrag ein und verweist auf die Installation der „Hexenampel“ in Wernigerode.

Frau Dr. Kretschmann informiert über das noch ausstehende Antwortschreiben vom Landesverwaltungsamt.

Abstimmung zum Antrag A0119/23: 8-0-0

5.2.1. Wiederkehr der Ampelfrauen
Vorlage: S0358/23

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5.3. Sperrung August-Bebel-Damm
Vorlage: A0141/23

Der Antrag und Stellungnahme wurden bereits in der letzten Sitzung ausführlich beraten

Stadtrat Schuster bittet um Abstimmung.

Abstimmung zum Antrag A0141/23: 2-5-1 nicht empfohlen

5.3.1. Sperrung August-Bebel-Damm
Vorlage: S0368/23

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5.4. Sicherheit für Hausbesitzer*innen und Mieter*innen –
Realistischer Zeitplan für kommunale Wärmeplanung
Vorlage: A0118/23

Der **Beigeordnete** verweist auf den vom Fördermittelgeber vorgegebenen Bearbeitungszeitraum sowie auf die enge Zusammenarbeit mit den SWM.

Stadträtin Linke hinterfragt die Einbeziehung der Landesagentur (LENA).
Der **Beigeordnete** informiert, dass im Vorfeld mit potentiellen Akteuren aus verschiedensten Bereichen Kontakt aufgenommen worden sei.

Aus Sicht von **Stadtrat Hempel** braucht es den Antrag nicht und er verweist dazu auf den Stadtratsbeschluss.

Stadtrat Stern werde dem Antrag nicht zustimmen. Die Menschen wissen immer noch nicht, wie die Umstellungsproblematik gelöst werden soll.

Stadtrat Hempel verweist auf die Planungssicherheit für die SWM. Eine kommunale Wärmeplanung habe nichts mit dem Heizungsgesetz zu tun, sondern sei ein Steuerungsinstrument, um bezahlbare Wärmeversorgung zu realisieren.

Die Verwaltung sucht entsprechende Planungsbüros, informiert abschließend der **Beigeordnete**.

Abstimmung zum Antrag A0118/23: 5-2-1

5.4.1. Sicherheit für Hausbesitzer*innen und Mieter*innen –
Realistischer Zeitplan für kommunale Wärmeplanung
Vorlage: S0342/23

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5.5. Machbarkeitsstudie für Süd-Ost-Tangente
Vorlage: A0117/23

Der **Beigeordnete** informiert über einen Termin im Ministerium zu diesem Themenkreis. Hier werde auch eine Landesbedeutsamkeit gesehen, da eine entsprechende verkehrliche Verbindung nicht nur der Landeshauptstadt diene.

Stadträtin Linke hält dieses für ein „Luftschloss“ und verweist auf die momentane Haushaltssituation. Zeit sollte darauf nicht verwendet werden.

Stadtrat Hempel verweist auf die noch immer fehlende Verkehrsuntersuchung (Studie) zu Intel vom Land. Momentan sei der verkehrte Zeitpunkt für Machbarkeitsstudien. Das Land sollte erst einmal liefern und die Stadt auf die Ergebnisse der Landesstudie warten.

Stadtrat Stern begrüßt den Antrag und verweist auf die geplanten Entwicklungen im Süden (Fahlberg-List, RAW) der Stadt.

Sämtliche Verkehrsträger müssen mit betrachtet werden, von Fußgänger bis S-Bahn-Anbindung. Die Stadt müsse priorisieren in Abstimmung mit den Großansiedlungen um dann dem Land die Richtung zu signalisieren.

Stadtrat Schuster stimmt dem Antrag zu. Die Ausführungen aus dem Verkehrsministerium sollten abgewartet werden.

Stadtrat Hempel verweist auf die Haushaltsberatungen und die Mittelbereitstellung.

Die Studie habe bereits begonnen, informiert der **Beigeordnete** abschließend.

Abstimmung zum Antrag A0117/23: 6-2-0

5.5.1. Machbarkeitsstudie für Süd-Ost-Tangente
Vorlage: S0318/23

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5.6. Sozialticket
Vorlage: A0002/22

Stadtrat Hempel mahnt eine neue Stellungnahme an.

Der **Beigeordnete** informiert über Erhebungen/Auswertungen, die momentan noch dazu laufen. Eine neue/ergänzende Stellungnahme werde erarbeitet.

vertagt

5.6.1. Sozialticket
Vorlage: A0002/22/1

vertagt

5.6.2. Sozialticket
Vorlage: S0217/22

Die Stellungnahme wird in die Verwaltung zurückverwiesen.

6. Informationen

6.1. Die Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit und
Initiativfonds Gemeinwesenarbeit im Jahr 2022
Vorlage: I0201/23

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

6.2. Streckenverlängerung der Straßenbahn nach Ottersleben
Vorlage: I0051/23

Herr Dr. Lerm geht auf die Vorstudie ein. Die grundsätzliche Machbarkeit wurde nachgewiesen. Er verweist auf die wesentlichen Vorteile wie Reisezeitverkürzung, Attraktivitätssteigerung sowie Aufwertung des Straßenzuges. Des Weiteren führt er zu den Kosten bzw. zu den Fördermodalitäten aus.

Stadtrat Hempel hinterfragt eine Visualisierung/Projektskizze dazu.

Der **Beigeordnete** verweist auf einen ersten Vorentwurf mit allgemeingehaltener Trassenführung, der von der MVB vorgelegt wurde. Momentan geht es um die standardisierte Bewertung. Hinsichtlich Planunterlagen werde er bei der MVB nachfragen.

Stadtrat Schuster spricht sich für eine frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung aus.

Stadtrat Stage geht auf die Problematik der Pulkführerschaft ein.

Herr Dr. Lerm verweist auf die generelle Machbarkeitsprüfung momentan. Der **Beigeordnete** bittet um Zeit für einen ergebnisoffenen fachlichen Austausch und Bewertung.

Durchgängige Pulkführerschaft werde auch von der MVB nicht mehr immer als die ideale Lösung gesehen.

Stadtrat Stern stimmt den Ausführungen des Beigeordneten zu. Er hinterfragt eine Betrachtung der Endschleife Reform und bittet um eine ergebnisoffene Untersuchung möglicher anderer Varianten. Er verweist auf die Vorteile bei einer Trassenführung über freies Feld und die Möglichkeit, Höchstgeschwindigkeit zu fahren.

Die Endschleife Reform wurde bei dieser Untersuchung nicht mit betrachtet, informiert der **Beigeordnete**. Intel war zum Zeitpunkt der Planungen für eine Verkehrsuntersuchung noch kein Thema.

Stadtrat Stage sieht mehrere Vorteile bei der Trassenführung über Reform über die Brücke. Er verweist auf die Möglichkeit der schnellen Anbindung an die Innenstadt bzw. die S-Bahn. Der **Beigeordnete** informiert über die Gespräche/Untersuchungen alternativer Transportmöglichkeiten, die momentan laufen.

Stadtrat Hempel verweist auf die unterschiedlichen Nutzergruppen, z.B. den Schülerverkehr, und geht auf die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ein.

Stadtrat Schuster hinterfragt die Errichtung von Ausweichstrecken in dem geplanten Bereich.

Stadtrat Stern verweist abschließend auf die Problematik des Klagerechts in Deutschland. Eine Trassenführung durch ein Wohngebiet werde mit der Gefahr von ständigen Klageverfahren verbunden sein.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

Frau Dr. Kretschmann verweist auf die turnusmäßige Information der PG EÜ ERA, die am 05.10.23 im StBV eingebracht wird.

Des Weiteren informiert sie über die Inbetriebnahme des planfestgestellten Umwelt-Messsystems am 05.09.2023 sowie die Fortsetzung der künstlerischen Gestaltung und den aktuellen Zählerstand der Fahrradzahlstation.

Stadtrat Stage hinterfragt die Aufstellung der Kübelbäume.

Frau Dr. Kretschmann verweist auf die Umfeldgestaltung, die im Herbst erfolgen soll.

Stadtrat Hempel erkundigt sich nach der Inbetriebnahme der Haltestelle Kölner Platz. Dies soll mit Protokoll mitgeteilt werden.

Nachrichtlich:

Anfang November 2023

Stadtrat Moll geht auf die Gehwege im Bereich der Südseite ein.

8. Verschiedenes

Stadtrat Stage kritisiert zum wiederholten Mal das Auftreten von dem im Publikumsbereich sitzenden **Stadtrat Canehl**.

Stadtrat Stage fasst die Frage von ihm zusammen und fragt, stimmt es dass am Hasselbachplatz ein Jahr Gleisbauarbeiten stattfinden sollen.

Frau Dr. Kretschmann bestätigt dieses und verweist auf Gleisbauarbeiten. Die Maßnahme erfolgt in 2 Bauabschnitten. Eine Linienführung bleibe jeweils bestehen. Eine Informationsveranstaltung dazu werde noch erfolgen.

Nachrichtlich:

Die Informationsveranstaltung der MVB findet am 27.09.2023 um 18:00 Uhr statt. Über das Büro OB wurde um eine Einladung an die Stadtratsfraktionen gebeten.

Stadtrat Stage informiert über Verkehrskontrollen von Fahrradfahrenden auf dem Breiten Weg und die damit verbundenen Strafen. Er kann den Begründungen nicht folgen und erläutert anhand von Fotomaterial die Situation und seine Sichtweise.

Wo erkennt der Fahrradfahrende bei der Querung der Straßenseite (Höhe Schäffer`s), dass auf dieser Seite Fahrradfahren verboten ist, fragt er nach.

Wie kann es in einer Fußgängerzone verschiedene Unterzonen geben? Woran erkennen Fahrradfahrende, wo sie in dieser Fußgängerzone fahren dürfen und wo nicht?

Frau Dr. Kretschmann verweist auf die vorhandenen Ausschilderungen und Markierungen. Der **Beigeordnete** weist auf die Markierungen „bitte langsam fahren“ hin.

Stadtrat Stage verweist darauf, dass es keine StVO-konforme Ausschilderung in diesem Bereich gebe und die erfolgten Strafen nicht rechens seien. Wie ist es möglich, dass die Hälfte von einer Fußgängerzone Radfahrerfrei ist und die andere Hälfte nicht, ohne an den Übergangspunkten erneut darauf hingewiesen zu werden?

Stadtrat Moll geht auf die Thematik Piktogramme ein, hier sollte Aufmerksamkeit erzeugt werden.

Momentan verschlimmere es sich nur noch, stellt **Stadtrat Stage** fest.

Weitere Beschilderungen werden nur zu noch mehr Unübersichtlichkeit führen, so der **Beigeordnete**.

Frau Dr. Kretschmann geht auf den rot gepflasterten Weg ein und weist darauf hin, dass dieser nur dem Rettungsweg/ Aufstellfläche der Feuerwehr darstelle.

Der Wunsch nach Kontrollen kam u.a. auch aus dem Stadtrat.

Stadträtin Linke geht auf das Gewerbegebiet Ölmühle ein und schildert Probleme bei der Genehmigung für Photovoltaikanlagen auf dem Dach.

Stadträtin Linke setzt sich dazu mit Frau Scheerenberg direkt in Verbindung.

8.1. Sachstand zur DS0474/23 - Variantenentscheidung zur Schönebecker Straße....

Stadtrat Stage spricht sich für die Idee aus, die kritischen Punkte zu sammeln und der Verwaltung mitzugeben, wie z.B. das Thema Baumpflanzungen.

Der **Beigeordnete** verweist auf Aussagen vom zuständigen Planungsbüro, die keine Bedenken hinsichtlich der Baumpflanzungen äußerten.

Schreiben Anlage zur Niederschrift.

Stadtrat Stage fasst die Stellungnahme zusammen.

Des Weiteren hinterfragt **Stadtrat Stage** den unterschiedlichen Regelquerschnitt in den Varianten (Begründung S. 6-7).

Herr Dr. Lerm weist auf unterschiedliche Straßenbreiten sowie Sicherheitsabstände hin. Der Beigeordnete lässt den Sachverhalt prüfen.

Nachrichtlich:

Die neuen Gleismittenabstände, die sich aus den zukünftig breiteren Straßenbahnen ergeben, sind in der Planung bereits berücksichtigt. Diese wurden auch bereits beim Bau der Straßenbahnhaltestellen am Thiemplatz/Thiemstraße mit berücksichtigt.

Stadtrat Canehl geht auf die Anfrage im Stadtrat von Stadtrat Guderjahn ein.

Stadtrat Stage fragt, gibt es einen Fragenkatalog von Stadtrat Guderjahn bzw. der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz.

Der **Beigeordnete** führt zum Gleismittenabstand aus. Momentan sei dieses noch kein Problem, aber die zukünftigen Straßenbahnbreiten liegen bei einer Breite von 2,65 m, gibt er zu bedenken.

Die große Problematik seien aber die geplanten Bauabläufe der MVB.

Er schlägt vor, Frau Münster-Rendel zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen.

Stadtrat Stern spricht sich dafür aus, das Planungsbüro ebenfalls mit einzuladen.

Stadtrat Schuster erinnert an die Anmerkungen hinsichtlich der Entwicklung des RAW- sowie Fahlberg-List Geländes. Wie wollen wir den zukünftigen Verkehrsströmen aus Richtung Süden her werden?

Grundsätzlich spricht er sich für die Maßnahme aus, aber wie soll diese umgesetzt werden.

Eine Pulkführung der Straßenbahn sieht er kritisch.

Stadtrat Hempel schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an und verweist auf die vormals kritische Baustellensituation in Buckau. Er verweist auf die Herausforderungen beim ÖPNV, geht auf eine älter werdende Bevölkerung und die Notwendigkeit von breiteren Straßenbahnen ein. Generell hinterfragt er die strategischen Überlegungen der MVB. Abschließend mahnt er das Bewusstsein der Konsequenzen bei einer möglichen Ablehnung der Beschlussvorlage an.

Stadtrat Stage erläutert anhand einer Google Maps Darstellung die Knackpunkte der vorhandenen Ausbaustrecke. Er führt zur Pulkführerschaft der Straßenbahn aus. Die Straßenbahn habe dann auf einer Strecke von ca. 1,4 km keine Möglichkeit den Autoverkehr zu überholen.

Er geht auf die bereits bestehenden Knackpunkte durch die Pulkführung der Straßenbahn wie im Bereich Gruson-Gewächshäuser und Gesellschaftshaus ein.

Stadtrat Stern spricht sich für eine Plangrundlage aus, die ersichtlich die Veränderungspunkte/ Knackpunkte im Stadtgebiet darstellt.

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** fasst zusammen:

1. Einladung MVB-Geschäftsführerin (ev. Planungsbüro);
2. Südosten Planungen;
3. Abweichung Regelquerschnitt;
4. Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz nachfragen (Fragenkatalog);

Der **Beigeordnete** klärt die Termine für eine Teilnahme bei Frau Münster-Rendel ab.

Nachrichtlich:

Frau Münster-Rendel hat ihre Teilnahme für die StBV-Sitzung am 30.11.2023 bestätigt.

8.2. Struktur Dez VI

Der **Beigeordnete** führt zur Umstrukturierung im Dezernat aus. Er geht auf die Bildung der Fachbereiche und die Zusammenlegung von Ämtern ein.

Problematisch sei momentan die Stellenbesetzung für den Fachdienst Stadtvermessung.

Anlage Niederschrift: Strukturplan

Stadtrat Hempel hinterfragt das Hauptaugenmerk der Veränderung im Rahmen der Umstrukturierung. Wurde die Hauptprämisse erreicht?

Der **Beigeordnete** verweist auf die Zuordnung des Umweltamtes als einen der wesentlichen Punkte. Das andere war die Thematik Großprojekte und darüber hinaus erfolgte eine Gesamtbetrachtung des gesamten Dezernates.

Stadtrat Hempel hinterfragt eine mögliche Evaluierung.
Eine Evaluierung werde stattfinden, so der **Beigeordnete**.

Stadträtin Linke hinterfragt mögliche Kündigungen im Rahmen der Strukturveränderungen.
Dazu kann der **Beigeordnete** keine Aussagen treffen.

Der **Vorsitzende** merkt kritisch die Situation bei der Betreuung des StBV-Ausschuss an und hinterfragt eine konkrete Stellvertreterregelung.

Der **Beigeordnete** verweist auf die Beantragung einer Schwangerschafts- /Elternzeitvertretung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage
Vorsitzender

Corina Nürnberg
Schriftführerin